



Jahresbericht Mexiko

2010

Jedes Jahr werden in Mexiko Tausende von irregulären Migranten auf ihrem Weg in die USA misshandelt, entführt und vergewaltigt. Willkürliche Festnahmen und Erpressung durch Beamten sind weit verbreitet. Außerdem werden in Mexiko werden Mitglieder des Militärs, die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Zivilisten begehen, systematisch nicht zur Rechenschaft gezogen. Denn entsprechende Fälle werden vom Militärrechtssystem untersucht und verfolgt. Angesichts der Tatsache, dass hier das Militär sich selbst untersucht fehlen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Eine Reform des Rechtssystems ist daher dringend notwendig und wurde u.a. im November 2009 von dem Inter-Amerikanischen Menschengerichtshof angeordnet.

Die im Oktober 2010 von Präsident Felipe Calderon vorgeschlagene Reform ist allerdings völlig unzureichend. Danach werden nur drei Arten von Verbrechen des Militärs an zivile Gerichte verwiesen: erzwungenes Verschwindenlassen, Folter und Vergewaltigung. Alle anderen Straftaten wie z.B. außergerichtliche Tötungen, Misshandlung oder selbst Völkermord werden weiterhin vom Militärrechtssystem behandelt. Somit fehlt den Opfern Zugang zu unabhängiger und objektiver Gerechtigkeit.

Am 30. Juni 2010 hat der oberste Mexikanische Gerichtshof entschieden, dass 12 Protestierende freizulassen sind, weil ihnen ein faires Gerichtsverfahren verweigert worden ist. Sie waren festgenommen worden im Zusammenhang mit den Protesten in der Stadt San Salvador Atenco im Jahr 2006 und verurteilt worden, Polizeibeamte festgehalten zu haben. Damals hatte es Proteste gegeben, nachdem Marktverkäufer inhaftiert wurden, weil sie Blumen ohne Erlaubnis verkauft hatten. Über 200 Protestierende wurden daraufhin von der Polizei festgenommen, 2 getötet und Dutzende wurden verletzt. Folttervorwürfe wurden nicht untersucht.

Im Berichtszeitraum gab es außerdem Urgent Actions zu drohender Folter und Misshandlung. So sind ein Priester und zehn weitere Männer in der Gemeinde San José del Progreso im Bundesstaat Oaxaca im Süden Mexikos inhaftiert und beschuldigt worden, zwei örtliche Polizeibeamte getötet zu haben. Ihnen drohte Folter. In Monterrey im mexikanischen Bundesstaat Nuevo León sind Jugendliche und junge Erwachsene in einer Jugendstrafanstalt von Gefängnispersonal geschlagen worden.

Mexiko hat das Optionale Protokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe am 11.

April 2005 ratifiziert.